



Gemeinsam gegen die Flutkatastrophe: Kabinett beschließt umfangreiche Bundesmittel für Sofort- hilfe und Wiederaufbau

Die Hochwasserereignisse der letzten Woche in einigen Regionen unseres Landes sind eine Katastrophe von nationalem Ausmaß. Die Zahl der Todesopfer ist erschütternd, die Schäden sind immens. Niemand kann eine solche Situation alleine bewältigen. Der Bund wird unterstützen. Zunächst gilt es, den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort schnelle und unbürokratische Hilfe zukommen zu lassen. Das Bundeskabinett hat heute eine umfangreiche Beteiligung an Soforthilfeprogrammen der betroffenen Länder beschlossen und steht darüber hinaus bereit, den Wiederaufbau in den nächsten Monaten und Jahren zu unterstützen. Die schrecklichen Ereignisse verdeutlichen einmal mehr, warum der Einsatz gegen den menschengemachten Klimawandel so wichtig ist.

Einige Regionen unseres Landes wurden in der letzten Woche von sintflutartigen Regenfällen und dadurch verursachten massiven Hochwassern getroffen. Viele Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe stehen nun buchstäblich vor dem Nichts und sind dringend auf Solidarität angewiesen. Die akute Hilfe und die Unterstützung des Wiederaufbaus sind eine nationale Aufgabe. Der Bund wird sich an den Soforthilfen der betroffenen Länder zur Hälfte beteiligen, verfügbare Unterbringungsmöglichkeiten anbieten, den Wiederaufbau der kommunalen und Landesinfrastruktur mitfinanzieren und die Länder bei der Entschädigung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen unterstützen, wo keine Versicherungen greifen.

Schnelle und unbürokratische Hilfe für die vom Hochwasser betroffenen Regionen

Um den Betroffenen vor Ort schnell beistehen zu können, hat das Bundeskabinett heute folgende Maßnahmen beschlossen:

- Zur unmittelbaren Beseitigung von Schäden an Gebäuden und der Infrastruktur vor Ort, sowie zur Überbrückung von Notlagen der Bürgerinnen und Bürger, beteiligt sich der Bund zunächst mit bis zu 200 Millionen Euro an den entsprechenden Soforthilfeprogrammen der betroffenen Länder. Bund und Land teilen sich die Kosten hälftig. Die Gesamt-Soforthilfe beträgt somit zunächst bis zu 400 Millionen Euro. Die Bundesregierung wird die zur Umsetzung

erforderlichen Verwaltungsvereinbarungen mit den betroffenen Ländern zügig auf den Weg bringen.

- Der Bund verzichtet auf die Erstattung der Auslagen, die THW, Bundespolizei, Zollverwaltung, Bundeswehr, Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes sowie beim Einsatz von Behelfsbrücken im Rahmen der Unterstützung vor Ort entstehen.

Der Bund beteiligt sich am Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur

- Die Beseitigung der Schäden und der Wiederaufbau der Infrastruktur werden in den nächsten Jahren große finanzielle Anstrengungen erfordern. Auch an diesen Aufbauhilfen sichert der Bund seine finanzielle Beteiligung zu. Bund und Länder werden sich zeitnah ein Bild zu den Gesamtschäden machen und auf dieser Grundlage eine Entscheidung zum Umfang der Hilfen treffen.
- Der Bund wird die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die zerstörte bundeseigene Infrastruktur schnellstmöglich wiederherzustellen. Um zügig voranzukommen, soll der Verwaltungsaufwand zur Genehmigung von Baumaßnahmen soweit wie möglich reduziert werden.
- Der Bund wird sich dafür einsetzen, dass zur Bewältigung der Hochwasserschäden auch der EU-Solidaritätsfonds einen möglichen Beitrag leistet und die hierfür erforderlichen Anträge stellen.
- Zudem werden Bund und Länder Gespräche über die Einrichtung eines Absicherungssystems führen, das zusätzlich für die aktuelle, aber auch für mögliche zukünftige Katastrophen Hilfe bereitstellen kann.
- Die Wiederaufbauhilfe wird in einem Staatssekretärsausschuss koordiniert werden, den das BMF und das BMI gemeinsam leiten.

Prävention stärken und entschlossen helfen

Die aktuelle Flutkatastrophe hat erneut verdeutlicht, wie wichtig konsequentes Handeln gegen den Klimawandel ist. Und sie zeigt – wie schon die Corona-Pandemie –, dass es von zentraler Bedeutung ist, schnell und entschlossen Hilfe bereitzustellen. Die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Regionen können sich darauf verlassen, dass der Bund bereitsteht, diese nationale Herausforderung gemeinsam zu überwinden und die immense Aufgabe des Wiederaufbaus zu unterstützen.